

JOCHEN HASENBURGER

Impulse

für Glauben und Gemeinde



2020-11-01 ZWISCHEN GOTT UND KAISER

Gottesdienstpredigt in der Christusgemeinde Nagold am 01.11.2020

Es ist Aufgabe der Verkündigung, der Welt Christus zu bezeugen. Gleichmaßen gehört es zu den Aufgaben der Verkündigung, den Gläubigen vom Evangelium her Orientierung für ihr Denken, Reden und Handeln zu geben. Deshalb schließt sich in den Paulus-Briefen an die lehrhafte Entfaltung des Evangeliums zumeist ein Teil mit praktischen Anweisungen und Hilfestellungen an und nicht selten greift der Apostel dabei konkrete Fragestellungen auf.

Eine Frage, die in den letzten Wochen und Monaten coronabedingt an Brisanz gewonnen hat ist die, wie wir als Christen mit staatlichen Vorgaben umgehen sollen. Ich hätte heute gerne über etwas Anderes gepredigt, zu heikel scheint das Thema angesichts der unübersichtlichen Lage und der aggressionsschwangeren Stimmung.¹³⁷ Gerade deshalb aber darf die Gemeinde Jesu sich an dieser Stelle nicht einfach zurückziehen, sondern ist aufgefordert, zu dieser Frage vom Evangelium her Stellung zu beziehen und einen Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten, wie weit der Staat sich in unser Leben einmischen und es bestimmen darf. Dazu möchte ich ein paar Texte aus dem Neuen Testament mit euch anschauen, die sich mit dieser Frage befassen. Einen der wichtigsten Texte dazu finden wir in Röm 13, 1ff.

Die offene Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche

Vieles musste nach Pfingsten von der jüden christlichen Gemeinde neu bestimmt und miteinander ins Verhältnis gesetzt werden: das Verhältnis von Juden und Heiden, von Gesetz/Torah und Gnade, aber eben auch das Verhältnis von Staat und Gemeinde Jesu.

Zur Zeit der Abfassung des Römerbriefs war Kaiser Nero schon 3 Jahre an der Macht und vermutlich haben sich die Christen nicht nur in Rom die Frage gestellt, warum sie Nero noch gehorchen sollten, wenn doch Jesus der Kyrios, der HERR war.

Warum sollten sie als Leute voll Heiligen Geistes sich den anmaßenden und üblen Beamten fügen?

Wird angesichts des kommenden Gottesreiches denn nicht jede staatliche Ordnung bedeutungslos - insbesondere eine, die es nicht gut mit den Christen meint?

Stellt es nicht sogar eine Anpassung an die heidnische Welt dar, wenn man Steuern zahlt, heidnisch-weltliche Gesetze beachtet und Menschen Ehrerbietung erweist, die mit Gott nichts zu tun haben?

Für viele Juden der damaligen Zeit waren diejenigen, die Steuern an die römische Besatzungsmacht zahlten, Volksverräter, die sich an Gott schuldig machten. In Israel waren es besonders die Zeloten, die sich hier klar positionierten.

¹³⁷ Zur allgemeinen gesellschaftlichen Unzufriedenheit schreibt Joseph Ratzinger schon im Jahr 2005: »... in der modernen Gesellschaft (herrscht) ein tiefgehendes Gefühl des Unbefriedigtseins an dies gerade dort, wo Wohlstand und Freiheit eine bisher nicht gekannte Höhe erreicht haben.« (Ratzinger: Werte in Zeiten des Umbruchs, 10).

Diese »Sikkarier« (Dolchträger), wie sie auch genannt wurden, trugen ihren Namen nicht zu Unrecht. Sie begnügten sich nicht mit passivem Widerstand, sondern glaubten, dass Gott ihnen helfen würde, wenn sie selbst zur Waffe griffen und sich gegen Rom auflehnten und dabei auch vor der Ermordung der eigenen Volksgenossen nicht zurückschreckten: Sie töteten nicht nur römische Soldaten, sondern zerstörten auch Häuser von Juden, die der römischen Obrigkeit Steuern bezahlten. Sie verbrannten deren Erntevorräte und ermordeten die Angehörigen solcher jüdischer Familien.

Es verwundert deshalb nicht, dass auch Jesus schon früh von den Pharisäern und Herodianern mit dieser Frage konfrontiert wurde und selbst Stellung beziehen musste, wem seine Loyalität galt - Gott oder dem Kaiser: »Ist es erlaubt, dem Kaiser Steuer zu geben oder nicht? Sollen wir sie geben oder nicht geben?« (Mk 12,14).

Seine ebenso einfache wie kluge Antwort: »Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist.« (Mk 12,17).

Diese Antwort macht deutlich, was auch an anderen Stellen sichtbar wird: dass die beiden Reiche - weltliche Staatsmacht und Gottes Reich - gar nicht miteinander vergleichbar sind und deshalb auch nicht in Konkurrenz miteinander stehen. Mit der Vorentscheidung »entweder Staat - oder Reich Gottes« weist schon die Fragestellung in die falsche Richtung.

Jesus hat viel vom Reich Gottes gesprochen - aber zur Enttäuschung seiner Anhänger hat er sich stets jedem politischen Messiasverständnis verweigert und der Proklamation zum König entzogen (Joh 6,15). Auch in der Verhandlung vor Pilatus antwortet er auf die Frage, ob er der König der Juden sei: »Mein Reich ist nicht von dieser Welt« (Joh 18,36) - und macht damit unmissverständlich klar, dass Staat und Gottesreich nicht Alternativen sind und in Konkurrenz stehen, sondern nebeneinander existieren.¹³⁸

Die Forderung nach der Unterordnung unter die politische Führung

Wie aber sieht nun das Verhältnis zwischen Kirche und Staat aus? Wie positionieren sich die Apostel Paulus und Petrus in dieser Frage? In Röm 13,1-7 liefert Paulus eine äußerst klare, aber herausfordernde Antwort: »Jede Seele unterwerfe sich den übergeordneten (staatlichen) Mächten« (V. 1). Das Verb *hypotasso* (unterwerfen) meint die Unterordnung unter einen Höheren. Nun gibt es hier im Griechischen eine Besonderheit, die wir in der deutschen Sprache nicht kennen. Wir kennen bei Verben nur die Aktiv- und die Passivform: entweder jemand unterwirft einen anderen {Aktiv} oder er wird von einem anderen unterworfen (Passiv). Im Griechischen gibt es aber eine dritte Form: das Medium. Der Schwerpunkt liegt weder einseitig auf der aktiven noch auf der passiven Seite. Unterwer-

¹³⁸ Eine vergleichbare Aufteilung finden wir schon unter Joschafat, der in »Angelegenheiten Gottes« und »Angelegenheiten des Königs« unterscheidet (2Chr 19,11). Bei Luther findet sie Aufteilung und ihren Niederschlag in der Zwei-Reiche (oder: Regimenter) lehre, die im Augsburgischen Bekenntnis formuliert und damit zu den wesentlichen Grundsätzen der evangelischen Kirche geworden ist. Vgl. dazu Ratzinger: »Die Kirche darf sich nicht selbst zum Staat erheben oder als Machtorgan in ihm oder über ihn wirken wollen. Dann macht sie sich selbst zum Staat und bildet so den absoluten Staat, den sie gerade ausschließen soll... Die Kirche bleibt für den Staat ein „Außen“. Nur dann sind beide, was sie sein sollen.« (Ratzinger: Werte in Zeiten des Umbruchs).

fen bzw. unterordnen im Medium meint die freiwillige Unterordnung unter diejenigen, denen man ohnehin unterworfen ist. Wir finden diese Form auch an anderen Stellen, z.B. in Lk 2,51. Dort wird vom 12jährigen Jesus berichtet, dass er seinen Eltern »untertan« war. D.h. er hat sich denen untergeordnet, die ihm von Gott als familiäre Obrigkeit verordnet waren.

Paulus fordert hier also nicht weniger als die freiwillige Unterordnung unter den Staat, dem der Mensch ohnehin untergeordnet ist. Und dabei macht er deutlich, dass es hier für niemanden eine Ausnahme gibt - auch für die Christen nicht: Jedermann (wörtl. jede Seele, V.1) soll sich den staatlichen Mächten unterordnen, d.h. ihnen Gehorsam leisten.

Wenn wir weiterlesen finden wir diese sprachliche Analyse von V. 1 bestätigt: »Die bestehenden (staatlichen Mächte) sind von Gott verordnet«. Im Deutschen wie im Griechischen gehören die Begriffe zusammen: die Unterordnung (hypotasso) ist nicht Folge des Rechts des Stärkeren, gegen den man sich ohne hin nicht wehren kann, sondern ergibt sich aus der Anordnung (diatagé, von diatasso) Gottes, die Menschen sollen sich unterordnen, weil eine Macht über sie gesetzt ist - und zwar von Gott selbst.

Der Staat - das betont Paulus in Vers 4 sogar zweimal - ist »Gottes Dienerin« und im öffentlichen Dienst Beschäftigte sind nicht nur Staatsdiener, sondern »Gottes Diener« (Röm 13,6)¹³⁹.

Damit steht der Apostel ganz im Einklang mit Jesus. Blenden wir noch einmal kurz zurück zur Verhandlung vor Pilatus : Als der nämlich auf seine Entscheidungsgewalt über Jesu Leben oder Sterben hinweist, macht Jesus ihm deutlich, dass er diese Macht nur hat, weil sie ihm »von oben«, d.h. von Gott gegeben ist (Joh 19,11). Und weil sie Pilatus von oben gegeben ist anerkennt er diese Autorität und unterwirft sich ihr mit einer Radikalität, die uns erschrecken lässt.

Unterordnung unter staatliche Anordnungen ist für einen Christen also nicht nur wegen der Strafandrohung (vom Verwarnungsgeld bis zur Gefängnisstrafe) angebracht, sondern vor allem »um des Herrn willen« (1 Petr 2,13) bzw. - wie Paulus es ausdrückt - »des Gewissens wegen« (Röm 13,5).¹⁴⁰

Darf man uneingeschränkte Unterordnung fordern?

Wenn man Röm 13,1-7 liest, könnte man Paulus für einen idealistischen Träumer halten, der von der Studierstube aus über den Staat philosophiert. Aber das ist

¹³⁹ Paulus spricht von der staatlichen Regierung als »Gottes Dienerin« (gr. diakonos) und »Gottes Rächerin« (ekdikos, d.h. derjenige, der Recht schafft). In Röm 13,6: leitourgos (betont nicht die Unterordnung wie doulos, sondern die Aufgabe und den Dienst). Leitourgos wird auch für Engel (Hebr 1,7), Christus (Hebr 8,2), Paulus als Verkündiger des Evangeliums (Röm 15,16) und Ephras (Phil 2,25) verwendet.

¹⁴⁰ Peter Stuhlmacher stellt völlig zu Recht sogar den Bezug zu Röm 12,1 - quasi der Überschrift über den »ethisch-praktischen Teil« des Briefes her und macht deutlich, dass die Unterordnung unter die staatlichen Organe - hier exemplarisch durch die Bereitschaft zur Zoll- und Steuerzahlung konkretisiert - Teilelemente jenes Gottesdienstes im Alltags sind, zu dem Paulus auffordert. Dazu passt, dass in Tit 3, 1f der Gehorsam der politischen Führung gegenüber in einer Reihe mit Friedfertigkeit und Sanftmut steht und in V. 8 als gutes Werk bezeichnet wird.

nicht der Fall. Paulus hat den römischen Staat zwar mit seinen Vorzügen, durchaus aber auch mit seinen Schattenseiten und Ungerechtigkeiten kennengelernt - und zwar am eigenen Leib. Er weiß, wozu die Vertreter des Römischen Reiches fähig sind. Den Brief an Titus - in dem er die Aufforderung zur Unterordnung wiederholt (Tit 3,1f) - hat er um das Jahr 65/66 geschrieben, also während der Christenverfolgung unter Nero.

Paulus weiß selbstverständlich, dass nicht in jedem Einzelfall der Täter des Guten Lob und der Verbrecher die Strafe erhält (vgl. Röm 3,13f). Er verherrlicht den Staat nicht, sondern weiß sehr wohl um die »Unheimlichkeit missbrauchter Macht« (Klaus Vollmer).

Trotzdem - und trotz der Mangelhaftigkeit, die allem menschlichen Tun anhaftet, auch dem des Staates - hält er daran fest, dass der Staat von Gott die Aufgabe zugewiesen bekommen hat, »das menschliche Miteinander in Ordnung zu halten«¹⁴¹, weiß darum, dass der Staat grundsätzlich dem Verbrechen wehrt und dem Redlichen Raum zum ruhigen Leben gibt.¹⁴² Denn auch das hat er am eigenen Leib erfahren: dass die römische Staatsmacht ihn vor der Wut des Pöbels und einer drohenden Lynchjustiz gerettet hat (Apg 23,12ff).

Ohne den Staat bliebe das Feld den selbstüchtigen und brutalen Menschen überlassen, die nur ihren eigenen Vorteil suchen, die Schwächeren würden an die Wand gedrückt. Es ist der Staat, dem der Durchschnittsmensch seine Sicherheit (und z.T. seinen Wohlstand) verdankt.¹⁴³

1Petr 2,13-17

Petrus argumentiert im zweiten Haupttext zu diesem Thema (1Petr 2,13-17) ganz ähnlich. Wie Paulus weiß auch er um die Ungerechtigkeiten, die von staatlicher Seite ausgehen können, er selbst wurde ins Gefängnis geworfen und starb später als Märtyrer einen schrecklichen Tod (vgl. Joh 21). Doch auch er fordert zur Unterordnung unabhängig von der sozialen oder ethischen Qualität der Regierenden auf.

Das wird besonders deutlich, wenn er den Haussklaven die Anweisung gibt, »ordnet euch in aller Furcht den Herren unter, nicht allein den guten und milden, sondern auch den verkehrten« (1Petr 2,18). Was aber für Haussklaven gilt, gilt gleichermaßen gegenüber der eigenen staatlichen Regierung. Die Ehrerbietung gegenüber der Regierung gehört für ihn deshalb in eine Reihe mit der Bruderliebe und der Gottesfurcht (1Petr 2,17).¹⁴⁴

¹⁴¹Heinrich Schlier: Die Beurteilung des Staates im Neuen Testament. Zit. bei Ratzinger: Werte in Zeiten des Umbruchs, 54.

¹⁴² »Der Staat ist seinem Wesen nach eine Gemeinschaft von Menschen, die sich zusammen tun und übereinkommen, bestimmte Gesetze und Regeln im Umgang miteinander einzuhalten.«

¹⁴³ Damit befindet er sich im Einklang mit den alttestamentlichen Propheten. Jeremia ruft die verbannten Israeliten zur Loyalität gegenüber dem Unterdrückerstaat Babylon auf, insofern dieser Staat Recht und Frieden garantiert und damit auch das relative Wohlergehen Israels. Jesaja scheut sich nicht, Kyros als den Gesalbten Gottes zu bezeichnen, den König der Perser, der den Gott Israels nicht kennt und aus rein pragmatischen Gründen Israel in die Heimat entlässt. «Der König der Perser, »handelt doch, weil er sich um die Herstellung des Rechts müht, als Werkzeug Gottes.« (Ratzinger: Werte in Zeiten des Umbruchs, 18).

¹⁴⁴ Die Reihe der Zeugen könnte um bedeutende Namen ergänzt werden: auch Jahrhunderte nach den Aposteln und inmitten der Christenverfolgung schrieben Heilige und Kirchenväter ähnliches:

Was ist mit den staatskritischen Texten in der Bibel

Dass die Machthaber Gott selbst nicht kennen und an ihm vorbeileben, ist für die Frage der Unterordnung zunächst also belanglos. Bedeutet das aber nun, dass gegenüber dem Staat unter keinen Umständen Widerstand geleistet oder sich ihm widersetzt werden darf? Was aber ist dann mit Texten wie Off 13 (Das Tier aus dem Meer) oder Apg 5,28f (Die Apostel setzen sich über das Lehr- und Predigtverbot des Hohen Rates hinweg)?

Tatsächlich sind diese Texte wichtig; denn sie machen deutlich, dass die Unterordnung unter die staatliche Regierung auch ihre Grenzen hat.

Die beiden Texte in Röm 13 und Off 13 lassen sich leicht in Einklang bringen, wenn man versteht, worum es jeweils geht. Während Röm 1 den Staat nämlich in seiner geordneten (nicht perfekten!) Form beschreibt, der sich also an seine Grenze hält¹⁴⁵, führt Off 13 uns den Staat als Tier vor Augen, das sich selbst zu Gott erklärt und so mit Gott in Konkurrenz tritt. Damit aber verneint der Staat sein eigentliches Wesen als «Diener Gottes» (Röm 13,4) und kann in der Folge dessen auch keinen Gehorsam mehr einfordern.

Die Grenze, wo der Gehorsam endet verläuft dort, wo ein Staat für sich selbst eine göttliche Würde und Autorität beansprucht, die Gott allein zusteht; wo er sich menschen- und lebensverachtend verhält oder verlangt, die Grenzen zu überschreiten, die Gott gesetzt hat - und dort, wo er Christen und christliche Verkündigung verbietet (Apg 5,28f).

Das wird auch deutlich an der Zweiteilung, die in 1Petr zum Ausdruck kommt. Man kann leiden als Gesetzesbrecher - dann leidet man zu Recht - oder als Christ, d.h. um der Zugehörigkeit zu Christus willen (4,15f). Und nicht zuletzt verweist auch die Antwort Jesu an die Pharisäer auf diesen Punkt: »Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist« heißt: Insofern der Kaiser in seiner Funktion als Garant von Recht und Ordnung handelt, hat er Anspruch auf Gehorsam. Diese Gehorsamspflicht endet aber dort, wo der Kaiser sich göttliche Rechte anmaßt.¹⁴⁶

Über die Form des legitimen Widerstandes wäre an dieser Stelle noch viel zu sagen. Aber das würde den Rahmen der heutigen Gottesdienstpredigt sprengen.

Justinus der Märtyrer (hingerichtet 165); Athenagoras (ca. 177); Tertullian, Arnobius und andere haben stets darauf hingewiesen, dass wir der Obrigkeit gehorsam sein und für sie beten sollen, selbst wenn ein Mann wie Nero - oder Hitler - das Zepter führt. In neuerer Zeit hat Karl Barth diese Überzeugung vertreten. In der Barmer Erklärung von 1934 (fünfte These), die er wesentlich geprägt hat, schreibt er: »Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt...«.

¹⁴⁵ vgl. hierzu den Gottesbezug in der Präambel zum Grundgesetz und die Selbstverpflichtung des Staates, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen

¹⁴⁶ Wo der Kaiser sich zum Gott macht, hat er seine Grenzen überschritten und Gehorsam würde dann zur Verleugnung Gottes. Das rechtfertigt aber nicht, sich pauschal über jede Anordnung staatlicher Organe hinwegzusetzen oder bei jeder einzelnen Regelung selbst zu entscheiden, ob ich mich daran halte.

Deshalb nur kurz ein paar Sätze dazu: Selbst dort, wo Widerstand legitim ist, raten alle neutestamentlichen Texte von einem gewaltsamen Widerstand ab. Als zwei Beispiele seien hier Mt 26,52 u. Joh 18,11 genannt. «»as Neue Testament kennt nicht den Revolutionär, sondern den Märtyrer« (Ratzinger).¹⁴⁷

Schlussfolgerungen

Weder Paulus noch Petrus verherrlichen in Röm 13 und 1Petr 2 in unkritischer Weise den Staat als letzte Autorität. Sie schreiben ihm keine Göttlichkeit zu, aber sie erkennen seine ihm von Gott gegebene Ordnungsfunktion und -macht an.

Dabei kommt nicht in erste Linie auf die persönliche Gläubigkeit oder die guten Absichten der Staatsorgane an. Sofern sie Frieden und Recht garantieren, entsprechen sie einer göttlichen Verfügung, stellen sie eine Schöpfungsordnung dar. Einem solchen Staat und seinen Organen gegenüber sind wir zur Unterordnung verpflichtet.

Die Unterordnung findet dort seine Grenze, wo der Staat sich selbst als höchste Autorität versteht und mit Gott in Konkurrenz tritt, wo er sich menschen- und lebensfeindlich verhält, die Übertretung von Gottes Geboten fordert oder die Verkündigung des Evangeliums verbietet. Wo das geschieht, dürfen Christen sich widersetzen - nicht in Form gewaltsamen Widerstandes, aber durch Verweigerung des Gehorsams (vgl. Apg 5,28f; 4,18).¹⁴⁸

Im Umkehrschluss bedeutet das: Nicht jede Forderung des Staates oder Einschränkung durch den Staat berechtigt zum inneren oder äußeren Widerstand und befreit uns von der Gehorsamspflicht. Nicht jede Einschränkung individueller Rechte und Freiheiten darf mit der Begründung ignoriert, boykottiert oder bekämpft werden, man müsse »Gott mehr gehorchen als den Menschen«. Wer das tut, steht in der Gefahr, das Wort Gottes zu missbrauchen.

Manche Verkündiger erwecken den Eindruck, der Glaube und die Bindung an Christus seien ein Geschenk, das uns von allem befreit, was unangenehm ist. Ja, Christus befreit. Er befreit uns von Schuld, die wir auf uns laden, schenkt uns neues Leben und bringt uns zurück in die Gemeinschaft mit Gott. Gott sei Dank sind wir als Christen befreit, aber wir sind auch an Gott und sein Wort gebunden.

¹⁴⁷ »Der Märtyrer anerkennt die Autorität des Staates, er kennt aber auch seine Grenzen. Sein Widerstand besteht darin, dass er alles tut, was dem Recht und der geordneten Gemeinschaft dient, auch wenn es von glaubensfremden oder -feindlichen Autoritäten kommt, dass er aber da nicht gehorcht, wo ihm geboten wird, das Böse zu tun, das heißt sich dem Willen Gottes entgegenzusetzen. Sein Widerstand ist nicht der Widerstand aktiver Gewalt, sondern der Widerstand dessen, der für Gottes Willen zu leiden bereit ist: Der Widerstandskämpfer, der mit der Waffe in der Hand stirbt, ist kein Märtyrer im Sinn des Neuen Testaments« (Ratzinger: Werte in Zeiten des Umbruchs, 19). Wer als Christ leidet, steht in direkter Nachfolge Christi. Schon im Verhör durch Hannas fragt Jesus: »Mit welchem Recht schlägst du mich?« (Joh 18,23). Und doch lässt er sich lieber ans Kreuz schlagen, als sein Recht mit Gewalt durchzusetzen (Joh 18,11; Mt 26,53). Er gibt sich in die Hände nicht nur der Menschen an sich (Joh 1,14), sondern liefert sich sogar denen aus, die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden (Pilatus). Das ist möglich, weil jedes Martyrium unter der Verheißung des auferstandenen und wiederkommenden Herrn steht, die über die bestehende Welt hinaus auf das kommende Gottesreich verweist, das in Christus unumkehrbar angebrochen ist.

¹⁴⁸ Stuhlmacher fordert deshalb zurecht zu »größtmöglicher Loyalität gegenüber der bestehenden Staatsmacht« auf (Stuhlmacher: Der Brief an die Römer).

Und dieses Wort schränkt auch ein und nimmt uns Freiheiten, die andere für sich in Anspruch nehmen.

Wir haben eben nicht die uneingeschränkte Freiheit, zurückzuschlagen, wenn uns jemand schlägt; wir haben nicht die Freiheit, den anderen zu hassen, weil er uns hasst. Als Christen können wir auch nicht ungehemmt unsere Sexualität ausleben, obwohl wir das vielleicht manchmal möchten. Und wir haben nicht die Freiheit, staatliche Anordnungen zu ignorieren, weil sie uns nicht gefallen. Als Christen haben wir mit Einschränkungen zu leben - und im Ertragen von Einschränkungen Vorbild zu sein. Letztlich ist es eine Frage der Authentizität und der Prüfstein für die Glaubwürdigkeit unseres Christseins; ob wir bereit sind, auch dann noch dem Wort Gottes gehorsam zu sein, wenn es uns in der Entfaltung unseres Egos einschränkt und uns Grenzen setzt.

Wir alle brauchen eine gute staatliche Ordnung. Und eine gute staatliche Ordnung braucht uns als Christen. Deshalb fordert Paulus in seine Brief an Timotheus zur Fürbitte für die Regierung und deren Verwaltung auf (1Tim 2,2) - und verwendet den Infinitiv Präsens, d.h. es geht nicht um eine einmalige, sondern eine fortlaufende, andauernde Handlung. Für uns selbstverständlich, zur Zeit des Paulus aber nicht: «»ie Christen beten für den König und die Obrigkeit, aber nicht zum König»¹⁴⁹.

Wir sollen für die Regierungen und deren Verwaltungen beten - für die Kanzlerin, die Ministerpräsidenten, die Kultusminister, die Gesundheitsämter und die Kommunalverwaltungen, die allesamt schwierige Entscheidungen treffen müssen - insbesondere in Krisenzeiten, wie wir sie gerade jetzt erleben.

Nicht zu beneiden

Am vergangenen Freitag fand ich einen interessanten Pressebericht über die Sitzung des Bundestages, dessen letzte Zeilen ich zum Schluss gerne zitieren möchte: »Währenddessen blickt auf der Regierungsbank Angela Merkel auf ihren Tisch. Das Land stehe vor vier harten Wintermonaten, hat sie gerade gesagt. Die Leute auf den Ministerstühlen haben wie alle anderen diese vier Monate vor sich. Und man fragt sich, wer in dieser Lage mit ihnen eigentlich gerne tauschen würde.»¹⁵⁰

Als Christen wissen wir, dass unsere eigentliche und endgültige Staatsbürgerschaft woanders liegt (Phil 3,20, vgl. Hebr 13,14). So wie Jesus sich nicht zu schade war, Mensch zu werden und sich in die Hände der Menschen auszuliefern (Phil 2,7f), so »geben (auch) wir nichts von der Größe und Würde unserer Gotteskindschaft preis« (Werner de Boor), wenn wir den Staat respektieren und seine Anordnungen befolgen. Es kommt der Tag, an dem alle Gewalten sich vor Gott verantworten und schließlich verschwinden werden und Gott sein Reich aufrichtet.¹⁵¹ Aber bis es soweit ist, sind wir aufgerufen die wertzuschätzen und in der Fürbitte zu begleiten, die sich Tag für Tag darum mühen, Recht, Ordnung, Sicherheit und Frieden in unserer Gesellschaft aufrecht zu erhalten und zu sichern.

¹⁴⁹ Ratzinger: Werte in Zeiten des Umbruchs, 20.

¹⁵⁰ Stuttgarter Zeitung vom 30.10.2020.

¹⁵¹ Aber diese Hoffnung und Gewissheit auf die Vollendung des Reiches Gottes hebt die bestehenden staatlichen Ordnungen nicht auf, die nach wie vor - auf der Basis der Vernunft - gültige Ordnungen für die Zeit der Geschichte sind.